

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Bestellgebühr monatlich 2.— Mk., bei Zustellung unter Straßendamm 4.— Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Nordens 2395 und 2396.

Interessante Lesestoffe: Kompositionen oder deren Namen 1,20 Mk., Wortsammlungen des jetzigen Monats 20 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg., Lesungsgesellschaft 50 Pfg., Familien- und Versammlungsmagazin 10 Pfg. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Nordens 2395.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Gärung in Italien.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Einem Drahtbericht der „Frankf. Ztg.“ zufolge haben die Feuerungsarbeiten in Italien deshalb eine große Bedeutung erlangt, weil die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Arbeitskammern die spontan ausgebrochene Bewegung in die Hand genommen haben. Die sozialdemokratische Parteileitung sieht an der Spitze der Bewegung. Der Parteisekretär erließ eine Bekanntmachung, worin es heißt, die Bewegung sei die Folge einer schon zu weitgetriebenen Regierungspolitik, so daß noch 2 Millionen Mann unter den Waffen festgehalten würden, während die Drohung neuer internationaler Konflikte weiter bestehen bleibe, ein Völkerfriede den Imperialismus der Unterdrückung fortsetze, die verbrecherische Blockade nicht aufgehoben werde und die proletarischen Republiken des Ostens durch sogenannte Befreiungsexpeditionen unterdrückt würden. Nur die internationale Sozialisierung könne aus diesem Zustand herausführen. „Wie heute die Romanga — so schreibt der von den Fesseln der Zensur befreite „Avanti“ — so wird auch morgen ganz Italien einig sein bei der Aktion zur Befreiung der Waffen von den wirtschaftlichen Sklaventeilen der Bourgeoisie.“

Italiens Protest gegen die Intervention in Rußland.

Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.

Rugano, 7. Juli.

In Rom versammelten sich die Delegierten des italienischen Centralrats der Gewerkschaften, der sozialistischen Parteileitung, der Verbände der Nationalen Eisenbahnen und des Post-, Telegraphen- und Telephonwesens. Einstimmig wurde der Generalstreik der gesamten werkschaftlichen Bevölkerung Italiens für den 28. und 29. Juli im Einvernehmen mit den Arbeitern Englands und Frankreich beschlossen.

Kämpfe zwischen Italienern und französisch-englischen Truppen in Fiume.

Wien, 7. Juli.

Das Korfbüro meldet aus Agram: In den letzten Tagen und namentlich am Donnerstag kam es in Fiume zu großen Ausschreitungen. Ein freiwilliges Bataillon, welches geliebt worden war, um den Befehlshaber der Friedenswächter, die den italienischen Wünschen widersprechen, bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, griff englische und französische Soldaten an, wobei es zu regelrechten Kämpfen kam. 50 französische und englische Militärpersonen wurden verwundet, 5 getötet. Im öffentlichen Restaurant wurden Silber-Gläser und Hochs verbrannt und Schüsse gegen Frankreich abgegeben. Am Freitag brachen drei Bataillone der regulären italienischen Armee die Straßen und Plätze.

Der Eisenbahnerstreik im Reich.

Sabotagegeschwindel.

In Frankfurt a. M. ist seit Sonntag abend der Eisenbahnverkehr wieder im vollen Gange. Die Arbeiter sind gestern morgen vollständig auf ihren Arbeitsstellen erschienen. Die Regierung will trotzdem mit allen Strafrechtlichen und disziplinarischen Maßnahmen gegen die hochverräterischen Führer vorgehen. So berichten wenigstens die „F. B. N.“

In Hannover ist der Streik noch in vollem Gange. Die bürgerlichen Blätter verbreiten über den dortigen Streik eine Fülle von unzutreffenden Nachrichten. Vor allem werden den Streikenden Sabotageakte untergeschoben. Als Beweis dafür kann aber nichts weiter angeführt werden, als daß in der Nähe von Hannover auf offener Straße ein paar Wagen stehen, die von Streikenden abgekoppelt worden, oder es ist bekannt, daß sich auch ohne den Einriff unbefugter Personen Wagen von selbst abkoppeln und auf freier Straße stehen bleiben.

Die vorsichtig berattene Meldung aufgenommen werden müssen, geht daraus hervor, daß den Streikenden auch der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten in Westfalen großen Güterschuppen in Brand gesteckt. Jetzt berichten die „F. B. N.“, daß der Brand durch einen Säurewagen entstanden ist.

Drohung mit dem Belagerungszustand.

Hannover, 7. Juli.

In einer Mitteilung des Kommandierenden Generals an die Presse heißt es u. a.: Die von der Streikleitung in ihrem Flugblatt ausgesagte Aufrechterhaltung der Ordnung ist nicht überall durchgeführt. Auf den Straßen stehen Säue mit Lebensmitteln und sogar mit lebendem Vieh, das nicht beschützt und nicht versorgt wird. Außerdem steht die Kohlenversorgung in bedenklicher Weise. Die hannoversche Maschinen-Artien-Gesellschaft hat ihren Betrieb bereits einstellen müssen. Die Arbeiter sind damit leinewegs einverstanden. In Seelze haben freilebende Arbeiter versucht, das Stellwerk zu zerstören, woran sie durch Beamte verhindert wurden. Der Kommandierende General hat schon am Sonntag abend erklärt, lassen, daß er militärische Hilfe zum Schutz der Arbeitswilligen entsenden werde. Die auf dem Bahnhof arbeitenden Studenten sollen mit Gewalt entfernt werden. Ihre Arbeitsstätten waren von Streikenden stark belagert. Der militärische Schutz hat eingegriffen, und die Streikenden haben ohne Widerstand den Bahnhof geräumt. Am Montag Morgen hat der Kommandierende General einen Befehl erlassen zur Streikleitung entsandt, um diese aufzufordern, den Streik abzubrechen, da sonst energische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Der Kommandierende General hat der Streikleitung ferner sagen lassen, daß bei dem geringsten Vorwand der Belagerungszustand verhängt werde, und daß alle Verletzungen getroffen seien, sofort von allen Seiten Truppen in die Stadt zu führen, um die Sicherheit des Volkes vor der Vergewaltigung durch eine kleine Minderheit zu schützen.

Harburg (Elbe), 7. Juli.

Der Streik der Eisenbahnarbeiter hat sich auf sämtliche Betriebsstellen ausgebreitet. 1500—2000 Mann sind ausständig.

Hamburg, 7. Juli.

Die Streiklage im Eisenbahnbetrieb ist durch die heutige Arbeitsniederlegung der Betriebswerkstätte Harburg (Elbe) noch verschärft.

Bremen, 7. Juli.

Die Eisenbahner Bremens beschloßen in einer heute abgehaltenen Versammlung, vorläufig nicht in den Streik zu treten, morgen jedoch in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen.

Magdeburg, 7. Juli.

In einer teilweise sehr erregt verlaufenen Versammlung der Magdeburger Eisenbahnarbeiter wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, nicht in den Streik zu treten.

Eichhorn vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung setzte am Montag nachmittag die Zeugenvernehmungen fort. Er hörte den Zeugen Franz Klotz über die Lösung von Gefangenen aus dem Hagenheimschen Hause, die Zeugen Siegmund und Kästler über Ausschreitungen der Regierungssoldaten im Januar, sowie einen Zeugen, der bekundete, daß der angebliche Polizeispitzel Roland zur Befreiung des „Vorwärts“-Hauses aufgefordert hätte.

Dann wurde in die Vernehmung des früheren Vizepräsidenten Eichhorn eingetreten, der in fast anderthalbstündiger Rede seine Auffassung von der Entstehung der Januarereignisse darlegte. Die Vernehmung wird am Mittwoch vormittag und abends fortgesetzt. Es sollen dann dem Zeugen Eichhorn zehn andere Zeugen gegenübergestellt werden. Der Ausschuß stellte fest, daß das Freigeleit, welches Reichswehrminister Klotz für Herrn Eichhorn bewilligt hat, und daß die Zeit seiner Vernehmung über drei Tage umfaßt, unzweifelhaft so zu verstehen ist, daß die dreitägige Frist erst beginnt, wenn der Ausschuß die Vernehmung Eichhorns für beendet erklärt hat. In diesem Sinne sollen der Reichswehrminister und der Preussische Justizminister unterrichtet werden. Eichhorn wird mit seinem Einverständnis morgen vor dem Untersuchungsausschuß vernehmungen werden, und am Mittwoch wieder vor dem Untersuchungsausschuß der Landesversammlung erscheinen.

Die Schuld am Frieden.

Je weniger die Demokraten und die Mehrheitssozialisten zu einer ernsthaften Untersuchung über die Schuld am Kriege geneigt sind, um so eifriger erörterten sie die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Friedensschluß. In ihren Augen ist es offenbar ein größeres Verbrechen, den Krieg beendet, als ihn begonnen zu haben, und um alles in der Welt möchten sie vor der Geschichte nicht als diejenigen dastehen, die der furchtbaren Katastrophe den unvermeidlich gewordenen Abschluß gegeben haben.

Da sie sich nicht entschließen können, über die deutsche Machthaber von ehedem das ihnen gebührende Urteil zu fällen, fehlt ihnen das Verständnis für den untrennbaren Zusammenhang von Kriegsschuld und Friedensschuld. Sie sehen nicht und wollen nicht sehen, daß das Unglück von heute die natürliche Folge des Verbrechens von 1914 ist und führen es deshalb auf diejenigen zurück, die in der Erkenntnis seiner Unentrinnbarkeit für die Annahme der Bedingungen von Versailles eingetreten sind. Gegen die Unabhängigen soll sich der ganze Born des deutschen Volkes entladen.

Dieser Versuch, die Geschichte im Interesse derer zu fälschen, die unendliches Leid über Land und Volk gebracht haben, ist in den letzten Tagen wieder von dem Demokraten Gaußmann im „Berliner Tageblatt“ und dem rechtssozialistischen Journalisten Viktor Schiff im „Vorwärts“ unternommen worden. Die Mittel beider Herren sind in jeder Beziehung unzulänglich und bedenklich, aber da man einmal jede Seite gegen die Unabhängige Sozialdemokratie eines gewissen Erfolges im „Vorwärts“ sicher sein darf, läßt sich ein nochmaliges Eingehen auf die abgebräunten und abgekosteten Behauptungen unserer Gegner nicht vermeiden.

Herr Gaußmann bemüht sich nachträglich, auseinanderzusetzen, welche außerordentlich günstigen Wirkungen eine Ablehnung des Friedens ausgeübt haben würde. Die Zustimmung habe der Politik Clemenceaus und Lloyd George zu einem Erfolg verholfen. Hätten die beiden Staatsmänner ihren Vätern jeht den Frieden nicht gebracht, so wäre ihnen das verhängnisvoll geworden. Zum mindesten große Teile der Ententearmee würden nur mit Widerstreben den Feldzug fortgesetzt haben, und wenn nur ein kleiner Prozent Unwillen gezeigt hätte, so wäre ein Fiasko für unsere Feinde unvermeidlich geworden. Clemenceaus alsbaldiger Rücktritt würde der Erfolg unseres Vorgehens auf die Unterschrift gewesen sein.

Wie leicht ist es doch, hinterher zu verkünden, was untergeordneten Voraussetzungen eingetreten wäre! Was Herr Gaußmann vorträgt, sind im besten Fall Vermutungen. Jrgendwelche Beweise für die Wichtigkeit seiner Behauptungen vermag er nicht zu erbringen.

Sicher war das Friedensbedürfnis auch in den Entente-Ländern sehr stark, aber der Wunsch, Deutschland zu demütigen und ihm die gefährlichen Waffen zu rauben, lebte nicht nur in dem Biermännerkollegium zu Paris, sondern fieberte in den Herzen der Völker, die überaus waren, daß Deutschland den Krieg auf dem Gewissen habe. Was haben uns doch häufig genug gerade auch das „Berliner Tageblatt“ und die ihm politisch nahestehenden Organe versichert. Unsere Weigerung, die drüben für recht und billig gehaltene Rechnung zu begleichen, würde nach aller Wahrscheinlichkeit in Frankreich, England und Amerika einen neuen Sturm entzündet haben, gegen den die Opposition der Friedensfreunde nicht aufgekommene wäre. Für diese Auffassung sprachen und sprechen jedenfalls weit triftigere Gründe als für die des süddeutschen „Demokraten“, der, bezeichnend genug, mit seinen Grobbehauptungen erst kommt, nachdem die Gefahr ihrer Widerlegung durch die Tatsachen beseitigt ist.

Die Richtigkeit seines Urteils über die Folgen im Ausland wird aber noch überboten durch die Leichtfertigkeit, mit der er die Rückwirkungen der Nichtunterzeichnung auf unsere inneren Verhältnisse abtut. Daß die arbeitenden Massen sich die Fortsetzung der Hungerblockade, die gewaltigen Verheerungen, die die Bekämpfung des Ruhrkohlenreviers mit sich bringen mußten, nicht ruhig hätten gefallen lassen, sieht er ein. Sicher wären Unruhen und Aufstände ausgebrochen. Aber, du lieber Gott! Die fanlose innere Bewegung wäre in ihrer eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen und ausgebrannt. Man hätte ja eben 1914,

Der mit seinen Soldaten die sich auflehenden Proletarier schon würde zu Vaaren getrieben haben, und so fest man davon überzeugt ist, daß in Frankreich das Volk bei der Verlängerung des Kriegszustandes Herrn Clemenceau zum Teufel gejagt hätte, so wenig zweifelt man daran, daß es der deutschen Regierung gelungen wäre, den Widerstand der hungernden Arbeiter im Blute zu erstickten. Was kann auch darauf an, ob einige Hunderte oder einige Tausende daran glauben mußten, wenn nur das, was Herr Haushmann für die Ehre des deutschen Namens hält, gerettet wurde?

Und an dem Wiederausbruch eines wirklichen Krieges, der dieser Ehre empfindliche Schläppen zugefügt hätte, war nach seiner Ueberzeugung oder nach dem, was er dafür ausgibt, nicht zu denken. Vom Osten und davon, daß es dort ohne allen Zweifel zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit den Polen gekommen wäre, bei dem Frankreich und England nicht still geblieben wären, ist er nicht glücklich. Diese Dinge lassen nicht in seinen Kram und fügen sich nicht in die Fiktion des Beweises ein, daß die Ablehnung der Unterzeichnung dem deutschen Volke nur enormen Vorteil, aber keinen Schaden gebracht hätte.

Schließlich liegt es an dem Umfall der Rechtssozialisten, wenn der Traum des Demokraten sich nicht verwirklichte. Indessen lassen sich für ihre mildernden Umstände anführen. Die Sozialdemokraten waren nicht frei in ihren politischen Entschlüssen, weil die Unabhängigen ihnen im Rücken standen. Sie konnten dem Gebot des Vaterlandes nicht folgen, weil sie die Konkurrenz der vaterlandlosen Gesellen auf der äußersten Linken fürchteten.

Eigentlich sollte man meinen, daß den Rechtssozialdemokraten eine solche Art von Verteidigung ihrer Politik nicht gerade sympathisch wäre. Stellt sie ihnen doch ein Kränzscheiters aus, indem sie ihnen ihre Selbständigkeit abspricht und ihre Entschlüsse als von feiger Rücksichtnahme auf eine radikale Partei diktiert erscheinen läßt. Aber der „Vorwärts“ selbst hat kein Gefäß für die Bedenklichkeit der Situation, in die seine Partei durch den Hinweis auf die Unabhängigen gerückt wird, und er läßt es zu, daß Herr Schiff ebenfalls die Verantwortung für die lamentable Haltung der Sozialdemokratie uns in die Schuhe schiebt. Wir sind an dem ganzen Unglück schuld. Unser Herr Ja hat die Position der Gegner des Vertrages im Entenlozer geschickt und insofern ist es dann schließlich den armen Rechtssozialisten nichts anderes übrig geblieben, als nach so vielen solchen Worten zu strengen zu werden.

Querst freilich sollen wir dieses Ja verniedern haben, und Herr Schiff beruft sich auf Kautsky, nach dessen beiden Artikeln in der „Freiheit“ man eigentlich auch von unserer Seite ein Nein habe erwarten können. Nur um einen anderen Standpunkt als die Rechtssozialisten einzunehmen, hätten wir uns dann für das Unterscheiden entschieden. Selbst wenn er hinter dem ersten Nein einen Versuch zu klaffen vermuten wollte, so seien wir doch auch von diesem Wege sehr bald abgekommen, weil wir es uns eben in den Kopf gesetzt hätten, unter allen Umständen etwas anderes zu sagen, als die Gefolgschaft Scheidemanns.

Eine sanftere Konstruktion! Nur muß sie leider wie ein Marienhaus zusammenstürzen, da ihr logisches Fundament fehlt. Tatsächlich konnten die Ausführungen Kautskys bei niemandem, der sie auch nur mit einigem Verständnis las, die Vermutung auskommen lassen, wir seien zu einer Ablehnung entschlossen. Wirklich hieß es da:

„Doch so hart die Bedingungen sind, den Untergang des deutschen Volkes führen sie nicht herbei, wenn sie ihm auch das Leben in hohem Maße erschweren. Wirklichen Untergang, raschen physischen Untergang bedeutete es aber, wenn man den Frieden ablehnte und den Kriegszustand wiederherstellte. Nach wenigen Wochen fruchtlosen Widerstandes, der Millionen das Leben kosten würde, müßte man doch kapitulieren.“

So schreibt keiner, der für die Wertverwertung eines Vertrages Stimmung machen will. Auch ein Wusch läßt sich so nicht einleiten, ganz abgesehen davon, daß Kautsky und wir alle unsere Politik nicht nach den Methoden der Mittelverhandlung des Mühlendammes treiben, deren Geschäftsprinzip, einen höheren Offertenpreis aufzustellen als den, für den man schließlich die Ware abzugeben beabsichtigt, uns im Gegensatz zu Herrn Schiff nicht als vorbildlich erweist.

Genug, die Unabhängigen haben jedenfalls frühzeitig die Annahme der Bedingungen gesordert, und das soll nun auf die Sozialisten und die radikal-liberalen Friedensfreunde in Frankreich und in England einen niederschmetternden Eindruck gemacht haben. Sie wären nun nicht mehr in der Lage gewesen, ihren eigenen Regierungen entgegenzutreten, und die imperialistische Presse, die durch die scheinbare Entschlossenheit der deutschen Delegation zuerst nervös geworden sei, habe schnell wieder ihre Fassung gefunden.

Leider bleibt uns Herr Schiff den Beweis für die Vernunftigkeit der bürgerlichen Ententezeitungen schuldig. Wir haben sie doch verfolgt und nichts von ihrer Unruhe gemerkt. Ebensoviele aber haben wir festgestellt können, daß die französischen Sozialisten oder die englischen Quaker die Deutschen irgendwie zur Ablehnung des Friedens ernüchtert hätten. Schiff vertritt uns eine Inkonsistenz von Bitoten, die den Beweis für seine Behauptungen erbringen werde. Wir sind gespannt. Einkreisen aber scheint uns der französische Genosse Marcel Sembat die Stimmungen und die Absichten seiner Freunde durchaus richtig wiedergegeben zu haben, wenn er in der „Seure“ vom 23. Juni schrieb:

„Zwei Freunde hielten mich gestern an und bedauerten, daß die sozialistische Partei noch nicht ihr Verdammungsurteil gegen den Vertrag herausgebracht habe. Wir haben auch an dieser Stelle zu wiederholten Malen und mit aller möglichen Schärfe alle die Fehler und alle die Gefahren aufgezeigt, die sich selbst nach den letzten Modifikationen hinter den Kulissen dieses Vertrages verbergen. Aber vor allem anderen muß jetzt ein Ende gemacht werden. Wenn die sozialistische Partei den Schein erweckt hätte, als wäre sie bereit, sich mit den Deutschen zu einer Verzögerung der Unterzeichnung, so würde sie die Verantwortung für die etwaige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf sich genommen haben. Eine unmögliche Lösung!“

Die Genossen in den alliierten Ländern haben getan, was ihre Pflicht war. Sie haben die härteste Kritik an den verhängnisvollen Bedingungen ihrer Staatsmänner geübt, aber sie haben sich wohl gehütet, die Meinung zu äußern, als ob sie uns zu einem Schritt der Verweigerung raten wollten. Und erinnern wir uns recht, so ist es doch gerade Herr Schiff gewesen, der sich von Versailles aus

immer über die Haltung der französischen Sozialisten beschwerte und ihnen ihre geringe Bereitwilligkeit, seinem und seiner Freunde Standpunkt gerecht zu werden, zum Vorwurf machte. Jetzt sind plötzlich wir diejenigen, die die Situation verpfuscht haben, indem wir der französischen Opposition den Boden unter den Füßen entzogen.

Ueber die praktischen Wirkungen einer Ablehnung des Friedens auf die innerdeutschen Verhältnisse läßt sich dieser Herr Schiff mit ein paar Mädchen hinreden, die seine Vereisführung noch weit merklicher machen als die des Herrn Haushmann. Unter Hinweis auf die Koblennot sei nicht ernst zu nehmen, da wir vorher den Streik im Ruhrrevier ausgebrochen hätten. Mit der Hungerblockade dürften wir nicht kommen, da wir auch jetzt die Transportstreiks begründen und führen.

Lohnt sich eine Auseinandersetzung mit solchen Schiefheiten und Verlogenheiten? Kaum.

Aber auf einen Punkt müssen wir doch eingehen, nicht sowohl, weil uns eine schiffische Behauptung der Widerlegung wert erschien, als weil sich hier die ganze Erbärmlichkeit der Kritik dieses geschätzten Mitarbeiters des „Vorwärts“ entbüllt. In einen Kampf, an einen aktiven Widerstand, so sagt er, habe niemand gedacht, als höchstens die Unabhängigen selbst. Die hätten doch im Januar den radikalen Vorschlag, die russischen Seere in Deutschland hereinzulassen und mit ihnen gemeinsam am Rhein den Kampf wieder aufzunehmen, unterstützt. „Wer war es denn“, so fragt er höhnisch, „der den dies bezweckenden Rutsch mitorganisierte? Eichhorn, Ledebour, Däumlin, der Bezirksvorstand Berlin der U. S. V., die revolutionären Obleute, die „Freiheit“ und die „Republik“!“

Diese kindische Behauptung, daß der Januarputsch irgend etwas mit der Organisation eines neuen Krieges zu tun gehabt hätte, charakterisiert den Mann und seine Kampfmethode. Wie schlecht muß es um eine Partei bestellt sein, die sich solcher Mittel bedient, um die fahnenflüchtigen Massen für sich zurückzugewinnen!

Kein Arbeiter und darüber hinaus kein halbwegs vernünftig denkender Mensch im bürgerlichen Lager wird sich durch die Deklamationen des Herrn Haushmann und das Geschwätz des Herrn Schiff in seinem Urteil beeinflussen lassen. Auch die, die mit unserer Haltung in der Friedensfrage nicht übereinstimmen, werden uns zugestehen müssen, daß wir vom ersten bis zum letzten Augenblick konsequent geblieben sind. Wir haben nicht Komödie gespielt. Wir haben nicht das Verbrechen auf uns geladen, die nationalsozialistischen Elemente in Deutschland aufs neue mobil zu machen. Wir haben in der Erkenntnis, daß die Schuld an diesem Frieden denen zufällt, die die Schuld am Kriege tragen, alles getan, um neues unabsehbares Unglück von der Arbeiterschaft und dem gesamten Volke abzuwenden.

Schutzhaftende.

Der Fall Ernst Meyer.

Gegen den ernannten Schutzhaftbefehl des Reichsverministers Rodke gegen Dr. Ernst Meyer hatte Rechtsanwalt Dr. Th. Niehnecht bekanntlich Beschwerde beim Reichsmilitärgericht eingelegt. Das Reichsmilitärgericht kam nun zu folgender Entscheidung:

„Der Senat nimmt zwar an, daß die Angaben des Dr. Meyer über seine grundsätzliche Ablehnung der Gewaltanwendung glaubhaft seien. Da aber andere Mitglieder der kommunistischen Partei für Gewaltanwendung sind, so würde eine Verhaftung des Dr. Meyer für seine Partei mittelbar zur Förderung der gewalttätigen Umsturzaktion beitragen. Deshalb muß der Haftbefehl aufrecht erhalten bleiben.“

Mit dieser Begründung der Aufrechterhaltung der Schutzhaft desabonniert das Reichsmilitärgericht sich selber, denn es verstoßt hierin gegen seine eigene in Nr. 277 und Nr. 303 der „Freiheit“ weitergegebene prinzipielle Entscheidung über die Verhängung der Schutzhaft. Dort hatte das Gericht ausdrücklich erklärt, daß es darauf ankomme, daß gerade das einzelne Parteimitglied, gegen das die Schutzhaft verhängt werden sollte, die Erreichung der Ziele der kommunistischen Partei unter allen Umständen, also auch unter Anwendung von Gewalt und gegebenenfalls fördern werde. In der Entscheidung gegen Ernst Meyer nun sagt dasselbe Gericht plötzlich, es glaube dem einen Ernst Meyer, um dessen Haft es sich handelte, zwar, daß er grundsätzlich jede Gewaltanwendung ablehne. Doch seien andere Parteimitglieder für Gewaltanwendung, und so wurde Meyers Freilassung mittelbar zur Förderung der gewalttätigen Umsturzaktion beitragen. So strast sich das Reichsgericht innerhalb weniger Wochen selber Lügen und schafft eine vollkommenste Rechtsunsicherheit. Mit der Sophisterei dieser letzten Entscheidung kann nun gegen jedes einzelne Mitglied der kommunistischen Partei, auch wenn es sich überhaupt nicht um die Partei kümmert, die Schutzhaft verhängt und die Haft kann endlos verlängert werden. Das bedeutet die vollständige Aufhebung aller Rechtsgarantien und die reinste Willkürherrschaft.

Doppelt geheiß ist die Entscheidung aber gerade im Falle Ernst Meyer, weil dieser lungenkranke Mann bereits vor den Märztagen verhaftet und seitdem ununterbrochen im Gefängnis gehalten, sich auch nicht des geringsten Vergehens schuldig gemacht hat.

Die Anklage gegen Agelrod erhoben.

Gegen Dr. Tobias Agelrod, der im Gefängnis Stadelheim bei München in Untersuchungshaft sitzt, hat der Staatsanwalt beim Landgericht für München Anklage erhoben. Ein Termin zur Hauptverhandlung ist noch nicht anberaumt. Nach der Ansicht des Staatsanwalts ist Dr. Agelrod verdächtig, es unternommen zu haben, die durch das vorläufige Staatsgrundgesetz des Freistaates Bayern vom 17. März 1919 geschaffene Verfassung dadurch gewalttätig zu ändern, daß er im April 1919 als Mitglied des Aktionsausschusses der kommunistischen Mätereierung und insbesondere als politischer Kommissar für das Finanzwesen nach den Grundrissen der kommunistischen Regierung handelte, so insbesondere die Beschlagnahme des gesamten Inhalts der Bankkassen anordnete.

Gleichzeitig hat das bayerische Justizministerium dem Vertreter des Dr. Agelrod mitgeteilt, daß das Staatsgericht darüber zu entscheiden haben werde, ob Dr. Agelrod noch die Rechte der Exterritorialität besitzt. Vor dem Staats-

gericht werde jedenfalls auch ein Völkerrechtsexperte seine Meinung darüber zu sagen haben, ob Dr. A. die Rechte der Exterritorialität zuzulassen.

Nach den von uns bereits neulich dargelegten Gründen kann für unvoreingenommene Juristen wohl kaum ein Zweifel bestehen, daß Agelrod die Rechte der Exterritorialität noch besitzt.

Überlein verhaftet.

Am Sonnabend ist auf der Leipziger Straße Hugo Oberlein, Mitglied der Zentrale der kommunistischen Partei, auf Befehl der Garde-Kavallerie-Schützen-Division verhaftet und in Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Bis gestern Abend war Oberlein noch nicht vernommen worden. Beschweh gegen die Verhaftung ist eingelegt worden.

Keine Ausrede!

Professor Lederezer (Gabelberg), derzeit in Wien, bittet um die Aufnahme folgender Zeilen.

In seiner Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar (Frankfurter Zeitung vom 18. Juni 1919. Erstes Programm) erklärte Herr Reichsminister Wiffell, daß ich in der Sozialisierungskommission in Berlin der Regierung wegen zu langsamem Vorgehen Vorwürfe gemacht habe, und nun in Wien dieselbe sage, wie er, daß nämlich Wiffel die Sozialisierung nicht ablehne, sondern daß vor allem der Wiederaufbau der Wirtschaft „beginnen“ müsse.

Dieser Äußerung gegenüber muß ich betonen, daß die Verhältnisse der deutschösterreichischen Volkswirtschaft mit denen der Deutschen Reiches nicht verglichen werden können. Die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches verfügt über breite Roh- und Kraftstoffgrundlagen und über eine vollkommen ausgebaute Organisation. Die Volkswirtschaft Deutschösterreichs hingegen ist ein Torso. Die wichtigsten Produktionsmittel sind durch die Bildung der Nationalstaaten aus ihren volkswirtschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen und vor allem auch in der Beschaffung von Rohstoffen auf das Ausland, d. h. also auf Kredit angewiesen. Die deutschösterreichische Industrie ist außerdem in hohem Maße auf splittierte Exportindustrie mittleren Umfanges. Aus diesen objektiven Gründen ergibt sich von selbst, daß die Sozialisierung zunächst nicht so weit greifen kann als in Deutschland. Das von der deutschösterreichischen Regierung vertretene Programm muß naturgemäß diesen Tatsachen Rechnung tragen und zieht daher den Kreis der Sozialisierung ziemlich enge. Doch betont es sich, wie ausdrücklich betont sei, zum Gebanten der Sozialisierung. In Deutschland scheint die Absicht, eine Sozialisierung größerer Stille durchzuführen, leider bereits aufgegeben zu sein.

Nach einer persönlichen Bemerkung sei gestattet: Ich bin mit der Sozialisierungsminister in Deutschösterreich, sondern mir obliegt die Leitung der volkswirtschaftlichen Abteilung in der Staatskommission für Sozialisierung. Auch aus diesem Grunde sind die Schlüsse, welche Herr Reichsminister Wiffell aus meiner Haltung zieht, gegenstandslos.

Das Königsberger Proletariat gegen den Polizeipräsidenten Läßbring.

Eine gewaltige Protestkundgebung unter Teilnahme tausender Männer und Frauen fand am 5. Juli vor dem Regierungsgelände ihren Abschluß, wo dem Vertreter Wäinisch die sofortige Abfindung an die preussische Staatsregierung folgende Erklärung vorgelegt wurde:

Die Delegation der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter (Königsberger) fordert die möglichst schnelle Abberufung des kommissarischen Polizeipräsidenten Josef Läßbring. Die Lehntreffende Arbeiter stehen augenblicklich vor dem Regierungsgelände und verlangen förmlich die Erfüllung der Wäinisch. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, dieser Forderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Geltung zu verschaffen und legt die Verantwortung für alle aus der Erfüllung ihrer Forderung entstehenden Folgen ab.

Die Abfindung der Erklärung wurde vom Regierungstreiter zugesagt. Das Regierungsgelände gleich innen eine Festung. Alle Kajnern und sogar die Schreibstuden wurden „mobil“ gemacht.

Josef Läßbring, früher Gauleiter des Bauarbeiterverbandes, hat die am 8. März erfolgte „Eroberung“ des Königsberg eingeschloß und nachts von einem Boot aus mit 2000 Mann zusammen gestellt. Vor etwa acht Tagen wurde Wäinisch zum Polizeipräsidenten ernannt. — Die Königsberger Arbeiter sind zum Generalstreik entschlossen, wenn Läßbring nicht verschwindet.

Verkauf von alten Kriegsschiffen.

Die Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsgemeinschaft vertritt im Auftrage der Reichswehr durch öffentliche Submission am 14. Juli eine Anzahl alter Kriegsschiffe, und zwar den großen Kreuzer „Fürst Bismarck“, die Küstenpanzerschiffe „Potsdam“, „Göben“ und „Gögen“ von einer Wasserverdrängung von 10 000 Tonnen bzw. 8500 Tonnen. Gemäß den Bedingungen dürfen die Schiffe auch ins Ausland „zum Abwracken oder sonstiger Verwertung“ ausgeführt werden. In den Bedingungen erwähnt, daß die Holzgerüste in Handelschiffe, Quills oder sonstiger umgebaut werden können. Aber es bedarf wohl nicht großer Phantasie, um einzusehen, daß die alten Kriegsschiffe nur zum Abbruch in Frage kommen und die Bestandteile als Abmaterial Verwertung finden können. Warum werden die Schiffe nicht auf der Reichswehr abgebrochen? Die Rassen wie nicht vor allem Gelegenheit zur Beschäftigung von arbeitslosen schaffen, oder ist es wichtiger, Kapitalgruppen im In- und Auslande zu bereichern? Was sich bei gedachten Verkauf herausstellen würde, dürfte wohl klar sein. Es verlohnen sich einige Großkapitalisten im In- und Auslande (kleinere oder mittlere Firmen werden kaum das nötige Kapital aufwenden können, um Millionenobjekte zu kaufen), die Angebote werden durch die Interessengruppen reguliert, und den Verschwendern stehen sie die Herren in ihre Tasche. Im Ausland versteigern die Herren die Schiffe nochmals unter sich, und der Profit wird sicher angelegt auf ausländischen Banken.

So wandert unser Volkvermögen ab. Es glaubt man vielleicht, durch den Verkauf alter Kriegsschiffe unsere Balance zu stärken? Das diehe „mit der Wurst nach Schinder schmeißen“, denn bis aus dem Abbruch entsteht Abmaterial brauchen wir selbst dringend für unsere Industrie, und wenn wir das Abmaterial wieder vom Ausland kaufen müssen, dann hätten wir uns so höhere Preise zu zahlen. Wir empfehlen jedenfalls Herrn Erzberger, zu verhindern, daß sich die Zustände der weitläufigen Kaiserlichen Reichswehr zum Schaden unseres Volkes wiederholen.

Die „ausgezeichnete Spindel-organisation“.

„Eine bewusste Zerschlagung der öffentlichen Meinung ist es, wenn jetzt offizielle Redenungen unter überreichlichem Aufgebot von Schimpfwörtern gegen die Unabhängigen die Verurteilung von Spindeln zu bekämpfen suchen. Hat doch vor einigen Wochen der berufene Vertreter der Regierung vor der Presse erklärt, die Regierung besitze eine „ausgezeichnete Spindelorganisation“, die ihr die Kenntnis der Vorgänge selbst bei den „kleinsten Zusammenkünften“ sichere. Wertwärdig nur, daß dieselben Sozialdemokraten, die bis zum 9. November die Spindel für ebenso verächtlich wie unzuverlässig hielten, jetzt mit einmütiger Stimme ihre politischen Aktionen auf Spindelberichten aufbauen.“

So schreibt in der „Welt am Montag“ S. v. Gerlach in einem Artikel, den auch der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe zitiert. Allerdings hat der objektive „Vorwärts“ gerade diese Stelle nicht gelesen, denn er zitiert Gerlachs Artikel nur von der Stelle ab, wo das obenstehende Zitat endet. Es wäre ja auch zu gefährlich, wenn die Leser des „Vorwärts“ erfahren würden, daß der Vertreter der Reichsregierung in einer Konferenz der Pressevertreter ausdrücklich erklärt hat, daß die Regierung eine „ausgezeichnete Spindelorganisation“ habe. Noch dazu, wo diese Regierung und der „Vorwärts“ zu bekämpfen suchen, daß die Regierung je etwas mit Spindeln zu tun gehabt habe.

Geschweige denn glaube auch gestern morgen der „Vorwärts“ feststellen zu können, daß wir die amtliche Entgegnung gegen unsere Entwürfe unteren Lesern verschweigen würden. Aber das Bild was dem „Vorwärts“ in diesem Falle so wenig hold, wie bei anderen. Denn zur gleichen Zeit druckten wir nicht nur die amtliche Entgegnung ab, sondern widmeten ihr eine so wirkungsvolle Kritik, daß der „Vorwärts“ noch am Abend die Sprache verloren hatte und weder seine falsche Behauptung richtig stellte, noch auch nur ein Wort der Widerlegung fand.

Diese Verlegenheit des „Vorwärts“ und der Regierungskreise ist sehr begreiflich. Wie wir bereits gestern morgen festgestellt haben, ist an der Tatsache, daß mit Wissen der Regierung eine ausgedehnte Spindelorganisation besteht, und daß sie deren Ergebnisse verwendet, nicht zu denken. Und wenn jetzt die Regierung stolz darauf ist, daß sie ihre Verbindung mit Hindenburg gelöst hat, aber nichts dazu zu sagen weiß, daß eine der Zentralen der Spindelwirtschaft, das Bureau Kreuzsch, auch jetzt noch in engster Verbindung mit ihren Stellen steht, so beweist das, ebenso wie der von Gerlach angeführte Ausdruck ihres Vertreters, daß sie anscheinend die Absicht hat, sich dieser schmutzigen Hilfe auch weiterhin zu bedienen.

Das nimmt uns nicht im geringsten wunder. Aber, nachdem die Regierung zu leugnen nicht und dabei vom „Vorwärts“ unterstützt wird, wollen wir unsere bisherigen Angaben aus der Fülle des uns zur Verfügung stehenden Materials ergänzen.

Wir stellen deshalb fest, daß der Spindelbetrieb, gegen den wir ja bereits vor Monaten angefaßt haben, bereits von dem Augenblick an organisiert wurde, als die Regierung Ebert-Scheidemann zur Macht gelangte. Die ersten Einrichtungen wurden getroffen noch während der Januarerhebungen. Alle unfauberen Elemente, die den Scheidemännern schon von November ab gute Dienste geleistet hatten, wurden herangezogen, um ihr Spindelhandwerk nunmehr systematisch auszubilden. Leutnant Fischer, damals Stadtkommandant von Berlin, richtete während der Januarerhebungen das erste offizielle Spindelbureau ein und beauftragte zu diesem Zweck Herrn Oskar Kreuzsch. Dieser muß also die schätzenswerte Tätigkeit des Oskar Kreuzsch schon gekannt haben.

Die Hauptspindelabteilung war aber im Großen Generalstab eingerichtet, und zwar befand sie sich anfangs in den jetzigen Räumen des Volksgartens. In den Zeiten Nr. 23. Später siedelte sie in das Generalstabsgebäude direkt über und unterhielt hier einen großen Apparat von festangestellten Offizieren und Unteroffizieren, denen die Aufgabe oblag, das von den Agenten gelieferte Material zu bearbeiten und an den Reichswehrminister, an die Garde-Kavallerie-Schützen-Division und die Reichsregierung weiterzuleiten. Daneben bestand und besteht eine Spindelabteilung des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps, für die, wie aus den von uns veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, besonders das Bureau Hindenburg-Archiv geachtet hat. Das Zentralspindelbureau des Großen Generalstabs benutzte neben den seit verpflichteten Agenten sämtliche größeren Detektivbureaus Deutschlands zur Aufklärung der unabhängigen und kommunistischen Parteibewegung.

Die Detektivbureaus haben sich in diesen Fällen jedoch nicht richtig benützt. Es wurden deshalb besonders geeignete Agenten und Agentinnen auswählt, die mit besonderen Aufträgen in die verschiedensten Teile des Reiches geschickt wurden, um für die Reichswehr und die Reichsregierung Späherdienste zu leisten. Der Aufgabekreis dieser Spindel wird in der von der Reichswehr herausgegebenen in Nr. 8 der „Freien Welt“ wörtlich abgedruckten Instruktion über die Erfahrungen bei der Bekämpfung innerer Unruhen näher umschrieben. Als die Tätigkeit der Spindel allzu antäglich wurde, leitete man, um sich als Behörde nicht zu kompromittieren, den Spindelbetrieb in die Dorotheenstraße.

Der eigentliche Leiter des Bureaus ist zur Zeit Dr. Göttinger, jene mysteriöse Persönlichkeit, die im Januar und Februar verschiedene Verhaftungen vornehmen ließ, und von deren Namen weder die Kommandantur noch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division noch die Regierung etwas wissen wollte. Dieser Dr. Göttinger ist aber in Wirklichkeit niemand anders als das frühere Mitglied des Volksgartens Gerhard. Von Beruf Kriminalbeamter, hat Herr Gerhard verstanden, sich in dem Durcheinander der ersten Revolutionsstage das Vertrauen der Soldaten zu verschleichen und als reaktionärsförmiger Vertreter sich in den Volksgarten wählen zu lassen.

Daß die Regierung von dem ganzen Spindelbetrieb unterrichtet ist, ist unüberleugbar. Alles Material dieser Spindelbureaus geht unter Verwendung von Deckadressen an die Reichsstellen weiter, die es dann als amtliches Material durch das Wolffsche Telegrammbureau, die Korrespondenz-Botschafter und andere Presseorgane der Öffentlichkeit übergeben.

Der Volksbetrüger Ludendorff.

Im Augenblicke, da die deutsche Oberleitung zum entscheidenden Schlage auszuholen wollte, da es den deutschen Armeen endlich gelingen sollte, den Endsieg an ihre Fahnen zu heften, da sich das Volk dem Heere in den Rücken, da endlich die Revolution und den Sieg, und verschuldete sie allein so Deutschlands Unglück!

Das sind die Anwürfe, mit denen die reaktionären Politiker und die alldeutsche Presse ihre eigene Schuld zu verdecken suchen, daß sich die schamlosen Lügen, mit denen vor allem General Ludendorff nach dem abgefakelten Rezept des „Halbes Dieb“ die Augen des deutschen Volkes von seinem eigenen Verbrechen abzuwenden und seine Schuld auf das Proletariat abzuwälzen sucht. Freilich, die Phrase ist billig, und leicht ist mit ihr ein Volk zu betören, das durch die Schuld der rechtssozialistischen Regierung in seiner großen Mehrheit noch in einer gleich betörten Unwissenheit gehalten wird, wie während des ganzen Krieges.

Wie viel auf diesem Gebiet verstreut worden ist, zeigt ein offener Brief des Obergeschichtschreivers K. Fuchs im „Dortmunder General-Anzeiger“. In diesem Brief beschuldigt er Ludendorff, mit Bewußtsein die öffentliche Meinung zu fälschen und das deutsche Volk heute noch so zu belügen, wie er es fünf Jahre lang belogen habe. Die Tatsachen, mit denen Fuchs diese Behauptung begründet, sind wahrhaft ungeheuerlich und zeigen einen kaum glaublichen Tiefstand moralischer Verantwortungslöslichkeit bei der Führung des deutschen Heeres.

Wir erfahren, daß bereits im Herbst 1917 die Anfertigung schwerer Kanonenteile bei der Industrie abgelehnt wurden, weil Herr Ludendorff in der für März 1918 geplanten Offensive sich die Kanonen auf Feindbesitz holen wollte oder vielmehr durch seine Soldaten holen lassen wollte. Doch es kam anders: In der Flandernschlacht verlor die deutsche Armee (wer wußte bisher etwas davon?) an einem einzigen Tage ihre gesamte Festigung, 8000 Kanonen des schwersten Kalibers. Ein Ersatz war nicht mehr zu schaffen, denn auf Ludendorffs Befehl waren in den Geschützfabriken die Maschinen abmontiert worden. Anmengen von Granaten mußten aufgeschafft werden und waren nicht zu verwenden, weil keine Kanonen da waren. Bereits dreizehn Jahre vor dem Zusammenbruch fand die deutsche Armee dadurch ohne schwere Artillerie im Feuer.

„Sie wußten“, rief Fuchs General Ludendorff zu, „wie die Sache stand — und verhandelten dennoch nicht mit dem Gegner, sondern harrten aus, indem Sie Menschen gegen die Kriegsmaschinen der ganzen Erde nutzlos vortrieben.“

Wollen Sie das bestreiten?
Wollen Sie mir vorreden, das deutsche Volk habe Ihnen den Endsieg entrissen?

Und die Kanonen saufen weiter hagenlosch hernieder: Die große Hispano-Bogenoffensive verpuffte, weil 8000 abgezeichnete 21-Zentimeter-Granaten nicht losgingen und nutzloslos zwischen die italienischen Helsen fielen. Doch Ludendorff darf in die Wahrheit nicht gesehen; er telegraphiert drei gemalte Siege ins Land und schickt zu gleicher Zeit einen Offizier mit den Buchstaben-Paragrafen auf die Munitionswerke zur Untersuchung der Schuldfrage der Niederlage.

„Und ein solcher Mensch will uns verantwortlich machen, wenn das Schicksal seiner findenden Lügen zusammenbricht!“ sagt der Ankläger Fuchs.

Unser Material wird schlechter und schlechter, wir haben keine Kanonen, keine Tanks, kein Material. Die zahlenmäßige und vor allem die technische Überlegenheit der Entente wächst ungeheuer —

100 Maschinengewehre schießen mehr wie 10. 1000 schwere Kanonen mehr wie 100 leichte, 10 000 Tanks und Scharen von Fliegern richten ganz anderen Schaden an, wie gar keine.

drückt Fuchs es treffend aus. Ganz genau weiß es die Oberleitung, daß es kein Entrinnen mehr vor dem Zusammenbruch gibt; doch Ludendorff tut, als wäre er kurz vor der Befreiung von New York stünde, und bestellt gewaltige Mengen von 42-Zentimeter-Granaten: Ein niederträchtiger Bluff, ein schamloser Volksbetrug.

Anderes kam hinzu, der Macher der Landleute, der konservativen Grundbesitzer, die Ludendorff durch diesen Aufstoß, das Wundergeld, das er sie dem Volke abnehmen ließ, für sich gewann. Weiter die Lebensmittelschiebungen in der Steppe, die Diebstähle und Plünderungen, mit deren Entzug die großen Heeren ihr Heim versorgten. Doch dem Volke wurde vorgelogen, daß das deutsche Heer, daß das deutsche Offizierskorps vor allem kein Wässerchen zu trüben vermöchte. Das waren die Taten des Volksbetrügers Ludendorff.

Und nun die juristische Anklage, die Fuchs gegen Ludendorff am Schluße schleudert:

„Und hat die Masse umgebracht, die Zahl, die jeden anderen auch niedergerungen haben wahrhaft!“

Und daß das gründlich geschah, dafür haben Sie selbst am meisten gesorgt, — und nicht das deutsche Volk, das heute noch Hunger leiden muß, für die Verbreiter, die es selber verlassen haben, oder in der Stunde der höchsten Not mit Unrat beworfen, wie Sie, Herr Ludendorff!

Ledebour

II. Auflage vergriffen.
Das 21. bis 30. Tausend erscheint in einigen Tagen.
Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel
Schiffbauerdamm 19

„Ich nenne Sie den größten Daseinspieler des Nordes, den die Erde getragen hat, weil Sie weiter gemarbel haben, obgleich Sie mindestens zu drei verschiedenen Malen den Frieden der Welt haben konnten, — obgleich Sie wußten, daß wir eines Tages wehrlos sein würden und alle lächerlich wären.“

Sie sind ein Mann vom Schlinge Wilhelms, der keine Autocritik kannte, wie sich selbst und den preussischen Herrgott.

Er liegt zu Amerongen vor seinem Hausaltar und wirft seinem Hausgott vor, daß er ihn verlassen habe — und Sie steigen auf die Sinne des Tempels, um die Weltgeschichte zu fälschen und beschuldigen das deutsche Volk am Zusammenbruch, der doch nur ein Rednergemisch war; denn 10 mal 1 ist 10, und nicht 0! Schwoigen Sie um Gottes willen nicht, daß Sie die Kemeß noch nicht gepakt hat, und verurteilen Sie den Buchdruck mit Ihrem verlogenen „Denkwürdigkeiten“.

Zustimmung des Staatsauschusses zur Ratifikation des Friedensvertrages.

Der Staatsauschuß hat der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.

Verhaftungen in Hamburg.

Hamburg, 7. Juli.
Unter dringendem Verdacht, an den Unruhen der letzten Wochen beteiligt zu sein, wurden auf Befehl des Russen Lettow acht Personen verhaftet.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung in Weimar setzte gestern die Beratungen über den Verfassungsentwurf fort. Die Fiktion des U. S. V. D. beantragte für den ersten Satz des Art. 74 die Fassung: Die Reichsregierung kann ein Gesetz vor der Verkündung binnen eines Monats nach der Schlußabstimmung im Reichstag beschließen.

Der Antrag wird ebenso wie Änderungsanträge der anderen Parteien abgelehnt und die Artikel 73 und 74 werden unbedeutend angenommen.

Ohne Erweiterung erfolgt sodann die Annahme des Art. 75 nach dem Verfassungsänderungen im Reichstag nur mit einer 2/3 Mehrheit bei Anwesenheit von 2/3 der gesamten Mitgliederzahl des Reichstags beschlossen werden können. Auch im Reichstag sind zu Verfassungsänderungen 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Es folgt Beratung des 6. Abschnittes „Die Reichsversammlung“.

Art. 88 erklärt das Post- und Telegraphenwesen ausschließlich des Reiches als ausschließliche Sache des Reiches und bestimmt demnach einheitliche Postverzeichnisse.

Der Artikel wird angenommen.

Aus der Partei.

Vorwärts im Kreise Neu-Ruppin.

Noch im Januar dieses Jahres kannten wenige Orte im Ruppiner Kreise die U. S. V. D., selbst bei der Wahl zur Nationalversammlung wurden nur vereinzelte Stimmen für die Liste der U. S. V. D. abgegeben, und jetzt nach 4 Monaten sind Ortsvereine von beträchtlicher Mitgliederzahl zu verzeichnen. So in Neu-Ruppin, Alt-Ruppin, Neustadt a. Dosse, Rheinsberg. In Tetschendorf wurden 215 Stimmen für die U. S. V. D. und drei für die U. S. V. D. abgegeben. Da lachte man den Genossen mit seinen „Familienangehörigen“ aus. Jetzt ist die ganze Ortsgruppe bis auf 5 Mitglieder zur U. S. V. D. übergetreten. Die Mitgliederzahl von über 500 ist bereits erreicht. Auch in Rheinsberg ist die Ortsgruppe der U. S. V. D. geschlossen zur U. S. V. D. übergetreten, so daß es in diesen Orten nur eine Sozialdemokratische Partei gibt. In Rheinsberg und Herzberg wird sich die Gründung in den nächsten Tagen vollziehen. In Rheinsberg hat man dem Bürgermeister 2 Maschinengewehre und zwei Kisten Handgranaten und 70 Gewehre zur Verfügung gestellt. Trotzdem werden wir auch hier kurz kommen.

Aus aller Welt.

Das Ozeanflugzeug am Bestimmungsort angelangt.

Amsterdam, 7. Juli.
Nach Neukermeldungen aus New York und Mexico ist das Luftschiff R 34 über Montauk-Point gestern morgen 5 Uhr 5 Min. auf dem Flugplatz Hagerhorst eingetroffen.

Richtigstellung.

Der Eisenbahnminister Oeser ersucht und auf Grund des Paragraphen 11 des Preussengesetzes, festzustellen, daß er keine Anordnung erlassen habe, streikende Eisenbahner durch Soldaten mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen. Wir haben eine derartige Behauptung auch nie aufgestellt, vielmehr in Nr. 308 unserer Blätter unter der Überschrift „Streikbruch und Militär bei der Eisenbahn“ mit einer Mitteilung der Streikleitung des Stettiner Bahnhofes wiedergegeben, in der gesagt war, daß eine Reihe von streikenden Arbeitern des Stettiner Bahnhofes von Soldaten in ihrer Wohnung aufgesucht und gezwungen wurden, sich bei dem U. S. V. D. des 4. Regiments auf dem Stettiner Bahnhof zur Arbeit zu melden. Dort angekommen, habe ihnen der diensttuende Hauptmann erklärt, diese Maßnahme ginge von Herrn Oeser aus. Nach der Berichtigung des Herrn Oeser hat also der Hauptmann den Arbeitern eine falsche Tatsache vorgespiegelt.

Die Eisenbahndirektion Berlin sendet uns eine Aufschrift, zu der gegenüber der Behauptung, daß die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs aus den wichtigsten Gründen verzögert werde, erklärt wird, daß die Eisenbahndirektion aus solchen Gründen bei diesen Maßnahmen leiten. Durch den Streik der Betriebsarbeiter ist der Reparaturstand der Lokomotiven in allen Betriebswerkstätten erheblich, in einzelnen bis auf 80 und 90 Prozent gestiegen, so daß 3 St. tatsächlich keine betriebsfähigen Lokomotiven für den Stadt- und Ringbahnverkehr vorhanden sind.
Diese Erklärung ist zwar vom 5. Juli datiert, aber erst am 7. Juli zur Post gegeben worden, ihr Inhalt ist dadurch etwas überholt.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Unversöhnliche Fehde gegen die Streikenden.

Die Fehde gegen die Streikenden nimmt immer härtere Formen an. Keine Zeitung prüft sachlich die Frage, ob die Forderungen der Streikenden berechtigt sind oder nicht. Dafür wird offen zum Pogrom gegen die Streikenden aufgerufen. Nachdem bereits die „Deutsche Tageszeitung“ den Vorschlag gemacht hat, mit Prügelein gegen die Streikenden vorzugehen, kommt jetzt auch die „Bürgerzeitung“ für Groß-Lichterfelde, in der mehrere honeste Bürger von Lichterfelde triumphierend feststellen, daß bereits ein Straßenbahner derart verprügelt worden sei, daß ihm Hören und Sehen verging. Dieses Beispiel wird der Öffentlichkeit zur Nachahmung empfohlen. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ verlangt, daß das Berliner Publikum es den Streikenden auch nach Abbruch des Kampfes noch merken lassen müsse, daß sie eine „ehrlose Handlung“ begangen hätten. Jede sachliche Erwägung wird bei dieser systematischen Fehde für die wir noch viele Beispiele anführen könnten, gelassen.

Es steht außer jedem Zweifel, daß durch den Verkehrsstreik die Berliner Bevölkerung schwer geschädigt wird. Wir sprechen dabei nichts als eine feststehende Tatsache aus, wenn wir betonen, daß es in erster Linie die Arbeiterschaft ist, die unter dem Verkehrsstreik am schwersten zu leiden hat. Sie kann sich nicht den Luxus der Reichen gestatten und in einem Auto oder einer Droschke zur Arbeitsstelle fahren. Schon die Benutzung eines wilden Fuhrwerks bedeutet für sie einen schweren materiellen Verlust. Die Arbeiter müssen aber diese Fuhrwerke teilweise benutzen, wie in vielen Zuschriften an uns betont wird, weil es ihnen sonst unmöglich ist, ihre Arbeitsstelle zu erreichen. Wege von ein bis zwei Stunden mühen sonst am Tage zweimal regelmäßig zurückgelegt werden. Der durch die Unterernährung stark geschwächte Körper könne diese Strapazen auf die Dauer nicht ertragen. Die Arbeiter seien deshalb auf die wilden Fuhrwerke angewiesen, trotzdem sie den Forderungen der Straßenbahner volles Verständnis entgegenbringen. Diese Beweggründe haben auch die Arbeiter der Gas-Betriebsgesellschaft in der Wilmersdorfer Straße veranlaßt, das Verlangen an den Vollzugsrat zu richten, daß die Verkehrsvereine auf schnellstem Wege eine Einigung anbahnen. Sie verlangen die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs und drohen eventuell die Gasversorgung einzustellen, da es ihnen bei der schweren körperlichen Arbeit, die sie zu verrichten haben, unmöglich ist, die weiten Wege zu Fuß zurückzulegen.

Leider läßt die Regierung auch in diesem Fall jede Einsicht vermissen, wie dieser Verkehrsstreik gütlich beigelegt werden könne. Statt die Unternehmer zu zwingen, ihren Herrenstandpunkt aufzugeben und sofort in Verhandlungen einzutreten, weist sie den halbtägigen Unternehmern den Rücken und ermuntert sie, ihre Machtposition auszunützen, bis die Arbeiter den Verkehr bedingungslos wieder aufgenommen haben. Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ des Herrn Goswiler behaupten bereits jetzt schon, daß der Streik der Verkehrsangestellten gescheitert sei. Sie betonen ausdrücklich, daß die Regierung die Maßnahmen der Verwaltungen billige. Es solle mit aller Energie gegen die Streiker unter der Arbeiterschaft vorgegangen werden.

Aus dieser halbhohehörnigen Aeußerung geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Regierung den streikenden Verkehrsangestellten einen Gewaltfrieden aufzwingen will. Die Berliner Arbeiterschaft verlangt aber, daß die Forderungen der Verkehrsangestellten geprüft, daß schleunigst verhandelt und der Verkehr so schnell wie möglich wieder aufgenommen wird.

Erklärung des Vollzugsrats.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates vom Vollzugsrat teilt uns in Erwiderung der Erklärung des Arbeitgeberverbandes mit:

In der Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Streikenden, die am 4. Juni in den Räumen des Vollzugsrats stattfand, wurde nach längeren Auseinandersetzungen den Parteien vom Vollzugsrat folgender Vorschlag gemacht:

Unter der veränderten Situation erklären sich beide Parteien bereit, daß der Hauptauschuss erneut zu der strittigen Frage Stellung nimmt und sofort zusammentritt. Dieser Vorschlag wurde auch von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums befürwortet. Die Unternehmer zogen sich zur Beratung zurück und gaben dann folgende Erklärung ab:

1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf.
2. Die Arbeitgeber erklären sich damit einverstanden, daß mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse die strittigen Fragen schon jetzt erneut dem Hauptauschuss, der den Spruch vom 24. Juni gefällt hat, unterbreitet werden.
3. Beide Parteien erklären sich bereit, den neu zu fällenden Schiedsspruch als endgültig bindend anzuerkennen.

Die Arbeitnehmer erklärten nach weiterem Verhandeln folgendes:

1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf, sobald die Verhandlungen beendet sind.
2. Mit Punkt 2 der Erklärung der Arbeitgeber waren sie inhaltlich einverstanden.

Zu Punkt 3 erklärten sie folgendes:
Beide Parteien erklärten sich bereit, den Urteilspruch des Hauptauschusses ihren Mandatgebern zur Annahme zu empfehlen.

Also rein objektiv betrachtet war für beide Parteien unter der veränderten wirtschaftlichen Situation die Möglichkeit für den sofortigen Zusammentritt des Hauptauschusses gegeben. Diese Möglichkeit wird auch nicht beeinträchtigt durch die in Punkt 1 und 3 der Arbeitgebererklärung gestellten Bedingungen. Das oben Angeführte ist der genaue Tatbestand nach dem Stenogramm. Wenn nun die Arbeitgeber unter Ausnutzung aller möglichen Formalitäten den Nachzug anstreben, so beweist das, daß sie keinerlei Interesse an der Beilegung des Streiks haben, sondern unter allen Umständen ihren Herrenstandpunkt hervorkehren wollen.

Diese schroff ablehnende Haltung der Unternehmer ist darauf zurückzuführen, daß die Verkehrsbetriebe mit dem 1. Januar

1920 an den Zweigverband übergehen sollen. Damit haben die Vertreter der Verkehrsvereine einen starken Rückhalt bei den Kommunalbehörden und leider auch beim Reichsarbeitsministerium sowie beim preussischen Eisenbahnminister gefunden. Durch dieses Zusammenwirken von Privatkapital und Fiskus wird weber der soziale Frieden wiederhergestellt, noch das Verkehrsleben beseitigt. Wir überlassen es der öffentlichen Meinung, zu entscheiden, auf wessen Seite die Schuld liegt, daß eine Einigung nicht zustande kommt. Von dem Hauptauschuss erwarten wir nach wie vor, daß er trotz alledem sofortige neue Verhandlungen anbahnt. Unter solchen Umständen wäre es verständlich, wenn die Arbeiterschaft ihre Sympathie für die streikenden Straßenbahner durch Beweise materieller Solidarität zum Ausdruck brächte.

Gegen die Erklärung des Arbeitgeberverbandes.

In Erwiderung der gegen die Streikleitung von den Arbeitgebern abgegebenen Erklärung wird uns mitgeteilt:

Die Streikenden bestreiten die angegebenen Durchschnittslöhne, sie vermissen vor allem die Veröffentlichung der hohen Abzüge. Die Höchstlöhne des angegebenen Verdienstes erhält nur ein geringer Prozentsatz des Personals. Die Forderung der 700 M. liegt außerhalb des Kollektivvertrages. Das gesamte technische Personal ist überhaupt durch keinen Kollektivvertrag gebunden, auch haben letztere im Januar nicht 500 sondern 120 M. Zuschuß erhalten. Die Verhandlungen im Vollzugsrat ergaben ganz klar, daß die Arbeitgeber wohl imstande sind, den Forderungen Rechnung zu tragen. Sie wollen jedoch von ihrem Herrenstandpunkte nicht weichen.

Im Anschluß hieran vertritt die Streikleitung die politischen Forderungen der Bezirksleitung der S. P. D., die den rein wirtschaftlichen Kampf in politisches Fahrwasser drängen möchte, um dem Unternehmertum einen großen Gefallen zu tun.

Vier Vollversammlungen des gesamten Verkehrspersonals finden heute nachmittags 3 Uhr an folgenden Plätzen statt: Hochbahn Nordring, Untergundbahnhof Wilmersdorfer Straße, Hochbahn Warschauer Straße, Stadt. Straßenbahnhof Urbanstraße 108. Das Erscheinen aller Kollegen wird erwartet. Legitimation ist mitzubringen.

Versammlung des Hochbahnpersonals.

Im Hochbahnhof Wilmersdorfer Straße fand gestern nachmittags eine sehr stark besuchte Versammlung des gesamten streikenden Hochbahnpersonals statt. Wenn der „Vorwärts“ angekündigt hat, es soll über Weiterführung oder Beendigung des Streiks beraten werden, so hat er eben wieder einmal die Unmöglichkeit gesagt. Denn es fiel keinem Menschen ein, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Versammlung nahm lediglich einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Vollzugsrat entgegen und beschäftigte sich mit Vorlesen von Artikeln aus der „Deutschen Tageszeitung“. Die Stimmung ist bis auf den letzten Mann noch so wie bei Streikbeginn. Die Einzeltätigkeit nicht besser sein. Ein Redner ermahnte, sich zu keinen Unbesonnenheiten gegen die wilden Fuhrwerke hinsetzen zu lassen und sich von Glückspielern fernzuhalten. Die sich zur Zeit an die Streikenden heranmachen wollen. Im Anschluß an die Versammlung fand die Einteilung in Wachen für die einzelnen Bahnhöfe statt, die die Streikenden ohne Vergütung stellen, obwohl ihnen eine Vergütung von der Direktion angeboten worden war.

Groß-Berlin.

Die Verkehrsnot.

Man kann gerade nicht sagen, daß sich der Berliner, der dank seines Naturells über die schlimmsten Situationen mit Humor hinwegzugleiten weiß, mit der Verkehrsnot abgefunden hat. Auch die vielen immer zahlreicher werdenden wilden Fuhrwerke vermögen nicht die Verkehrsnot auch nur um etwas zu mildern. Im Gegenteil: je länger der Straßenbahnbetrieb ruht, um so schlimmer wird die Misere. Die überanstrengten Pferde werden von Tag zu Tag schwächer und auch die Menschen werden infolge der Strapazen matt. Die Verkehrsnot bedroht tatsächlich eine große gesundheitliche Gefahr herauf.

Besonders bedauerenswert geht es den Kriegsverletzten, die auf Erwerb angewiesen sind. Die meisten von ihnen verdienen noch nicht einmal die Mittel aufzubringen, um die Fahrt mit einem wilden Fuhrwerk zu bezahlen. Halbtot kommen sie auf der Arbeitstätte an und völlig zerfurcht finden sie abends ins Bett.

Die Eisenbahnverwaltung der Berliner Vorortbahnen hat sich in dieser Zeit wieder einmal als völlig hilflos erwiesen. Am Sonntag spielten sich auf den einzelnen Bahnhöfen geradezu herzerreißende Szenen ab, die nicht etwa nur durch das Publikum, sondern hauptsächlich durch die Unbesonnenheit der Eisenbahnverwaltung verursacht wurden. In der Richtung von Oranienburg nach Berlin verkehrte von 10-11½ Uhr nur ein Zug. Dieser war natürlich so besetzt, daß man die Abteile mit einer vollgepfropften Matrasenfülle vergleichen konnte. Auf dem Bahnhof Reinickendorf-Rosenhof blieb dieser Zug eine halbe Stunde liegen. Der folgende Zug kam auch nur. Dann trotz der Zug langsam im Schneckentempo weiter. Nur mit „aller Kraft“ überwand die Maschine unter dem Jubel der Fahrgäste die Steigung zwischen Panlow und Gesundbrunnen. Mit einer zweiständigen Verspätung kamen die gedrückten, gebräunten und erschöpften Fahrgäste gegen 1 Uhr nachts in Berlin an. So wie hier auch auf den übrigen Bahnstrecken.

Völlig unverständlich ist auch das Verhalten der Verwaltung der Ringbahn. Während der ganzen Streikwoche hat die Eisenbahndirektion trotz angeblichen Lokomotiv- und Kohlenmangels alle zwei Stunden in beiden Richtungen Züge auf der Ringbahn verkehren lassen, die aber nur für Eisenbahnbetriebe mit Ausweifen bestimmt waren. Die Züge wurden nur morgens und abends von einer größeren Zahl von Angestellten benutzt; während des ganzen Tages führen dagegen die aus zehn Wagen bestehenden Züge fast leer, kaum daß sie einige Fahrgäste aus den Kreisen der Eisenbahnverwaltung hatten. Diese langen Züge hatten teilweise noch keine 10 Fahrgäste. Das Publikum durfte diese leeren Wagen nicht benutzen. Selbst Inhaber von Abonnementkarten wurden brutal abgewiesen. Ein Arbeiter, der in einem solchen Wagen bereits Platz

genommen hatte, wurde von dem Fahrdisponenten am Schließenden Bahnhof an der Schulter gepackt und aus dem Zuge gerissen. Haben die Abonnementisten nicht ein Recht auf Beförderung, vor allem, wenn sie technisch möglich ist? Der heilige Bureaucratismus in vollendetster Form zeigte sich hier wieder einmal recht deutlich.

Einschränkung der Volkspeisung.

Wie wir bereits berichteten, ist die Teilnahme an der Berliner Volkspeisung in den letzten Monaten erheblich geringer geworden. Die Zahl der Teilnehmer an der Mittagspeisung ist z. B. unter den Stand vom Oktober 1918 gesunken, die seit November 1918 eingeführte Abendpeisung weiß überhaupt eine nennenswerte Teilnehmerzahl nicht mehr auf. Es ist deshalb unter Zustimmung des wirtschaftlichen Beirats beschlossen worden, die Abendpeisung mit Sonntag, den 13. Juli d. J., völlig einzustellen, die Zentralflächen IV (Sellersstraße), VI (Bückerstraße), VII (Ruisen-Ufer) und IX (Marheinekeplatz) zu schließen und ihre Ausgabestellen auf die bestehen bleibenden Anlagen zu verteilen.

Ferner sollen die am wenigsten in Anspruch genommenen Ausgabestellen I (Haber Str. 1-8), 25 (Ruhelplatz 6-7), 29 (Auguststraße 67-68), 30 (Reibelstr. 81-82), 35 (Gartenstr. 107), 36 (Schwarzhofstr.), 39 b (Mariannen-Ufer 1a), 40 (Magelstraße 8), 47 (Kloster Str. 82), 51 (Stallschreiberstr. 24), 59 (Tempelhofer Ufer 80), 60 (Kulmstr. 15) und 62 (Genthiner Str. 4) vom obenbenannten Tage ab aufgehoben werden.

Die Gelegenheit zur täglichen Anmeldung in den Morgenstunden von 8 bis 10 Uhr, von der übrigens nur wenig Gebrauch gemacht worden ist, wird ebenfalls vom 13. Juli ab in Fortfall kommen.

Das Ende des kommunalen Arbeiterrates in Potsdam.

In der gestrigen Potsdamer Stadtverordnetenversammlung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen und Wählerverschiebungen gegen die Parteien, die den Antrag der Sozialdemokraten, dem Potsdamer Arbeiterrat die bewilligten Mittel von 15.200 M. zum wöchentlichen Aufbrauch zu überlassen, abgelehnt hatten. Dem Arbeiterrat waren im Mai als Vierteljahrlohn 15.200 M. zur Verfügung gestellt worden. Von den Mitteln konnte durch Erfüllung ein Betrag erübrigt werden, der zur Fortführung der Tätigkeit für einige Wochen gereicht hätte. Durch die Ablehnung des Antrages Krüger (Mittelstandsblock) sind dem Arbeiterrat die Mittel und die Möglichkeit in der Stadtverwaltung zu amlieren, entzogen. Nach im Finanzausschuss hatten die Demokraten erklären lassen, für den Antrag zu stimmen. Gelehrt zogen sie ihren Bescheid zurück, weil die Mittel aus festlichen Erträgen für die Fortführung der Wahl eines unbesoldeten Stadtrates, den man aus den Reihen der Sozialdemokraten kandidieren wollte, eingezogen man. Redner der Rechten, Dr. Geiner und Wendelsdorf, erklärten ihre grundsätzlichen Bedenken gegen die weitere Ausübung der Kontrolltätigkeit. Das Stadtverordneten-Staats (H. S. P.), v. Jarnack, Kohl und Wolter traten für den Arbeiterrat, dessen Wirksamkeit in Potsdam allgemeine Anerkennung gefunden hat, ein und warnten vor der Realisierung des Mittelstandsblocks, die dadurch eine tiefgehende Schädigung der Bevölkerung herbeiführen würde. Als das Abstimmungsergebnis mit der Ablehnung bekannt wurde, kam es zu heftigen Szenen. Die Sitzung mußte auf längere Zeit unterbrochen werden. Die Stadtverordneten der Rechten verließen den Saal und auch das Licht dreckte man für kurze Zeit ab, um die Kundgebungen der Arbeiterschaft zu verhindern. Es herrschte eine starke Erregung, die sich auch außerhalb des Sitzungssaales fortspangte. Der Magistrat, der bei früheren Anlässen noch behauptet die Tätigkeit des Arbeiterrates anerkannt hatte, schloß sich gestern aus. Der Arbeiterrat wird nach einem Bescheid des großen Rates trotz der Verweigerung der Mittel seine ihm gesetzlich zugewiesenen Funktionen fortsetzen. Seine Existenz hängt nicht von einem Bescheid der Gemeindevorstellung, sondern von dem Willen der Arbeiterschaft ab.

Gute Ernte — hohe Preise. Die Erträge an Obst- und Gemüseerzeugnissen sind in diesem Jahre so reich, wie noch nie zuvor. Trotzdem sind die Preise für diese Früchte des Waldes ungewöhnlich hoch. Heidelbeeren kosten heute durchschnittlich 8 M. das Pfund und Erdbeeren sind trotz der hohen Preise fast gar nicht zu haben. Am Sonnabend wurden noch 10 M. verlangt und schamlos bezahlt. Am Montag sah man sich um die Waldbeeren und bewilligte jeden Preis, obgleich die diesjährige Ernte doppelt so groß sein soll, wie in früheren Jahren, wo das Pfund 1 M. kostete. — Das sind die Folgen des Abbaus der Landwirtschaft.

Preisverhinderungen? Nach der Stellung einer Lokal-Korrespondenz sind in Groß-Berlin in der verflochtenen Woche nach dem Genus von Hammelfleisch Personen erkrankt. Da diese Erkrankungen indes nur leichter und vorübergehender Natur waren, legte man ihnen keine weitere Bedeutung bei. — Sie verdienen unseres Erachtens durchaus der Beachtung, zumal in der warmen Sommerzeit die Vergiftungsgefahr besonders groß ist. Vor allem muß für eine genaue Kontrolle der Fleischlager georgt werden.

Die Angehörigen der Versorgungs-Abteilung des Reichs-Kommandos I-VI Berlin, Wilmersdorfer Str. 88, liefen vom November bis heute für 6,70 Mark pro Tag ihre Dienste den Kriegsbefehlshabern. Trotz aller Bemühungen der Verantwortlichen ist es bisher nicht gelungen, durch Verhandlungen die wirtschaftliche Lage zu bessern, ja man ist sogar dazu übergegangen, den Angehörigen der Versorgungs-Abteilung den Geldbesitz in der Reichswehr zur Unterstutzung vorzulegen, indessenfalls die Entlassung erfolgt. Einmütig ist von sämtlichen Kommandos der Eintritt in die Reichswehr abgelehnt worden, und am 10. 7. 19 werden die Befehlshaber sämtlich ihre Entlassung verlangen, wenn ihr Lohn nicht aufbewahrt wird. Es ist jetzt also Sache der Regierung, zu entscheiden, ob in der Kriegsbefehlshaber-Fürsorge endlich gesunde Zustände eintreten werden.

Ein eifriger Parteigenosse ist am Sonnabend in der Person des Genossen Rüd. Straube gestorben. Straube war dem Genossen und Genossen aus dem Gesundbrunnen (13. Abteilung des 6. Regiments) als ein äußerst eifriger Mitarbeiter bekannt. Seine Arbeit war ihm zu viel, wenn die Partei tief. Während der Kriegszeit hielt er in alter Tracht zur Partei, wo er als Bezirksführer tat, was er konnte. Die Genossen und Genossen, die den einfachen, braven Genossen kannten, werden ihn in gutem Andenken behalten.

Wegen Schulverhältnis eingekerkert. In unserer Notiz in Nr. 318 der „Freiheit“ teilte uns Herr Stahl mit, daß er für die Frau G., deren Kind in Polizeigewahrsam genommen wurde, doch etwas getan habe. Obgleich ihm als zweiter Bürgermeister von Spandau die Polizeiverwaltung nicht unterstehe, habe er diese zum Verzicht aufgefodert. Nach diesem Verzicht sei die Fürsorgeerziehung der beiden Kinder der Frau G. auf Grund richterlichen Urteils angeordnet worden. Demnach sei er leider nicht in der Lage, in irgend einer Weise der „bedrängten Mutter“ zur Hilfe zu kommen. — Den schlichten Kern unserer Kritik berührt die Juristik des Herrn Stahl also nicht. Es ist nur zu hoffen, daß unsere Genossen in Spandau sich das Fürsorgewesen einmal gründlich ansehen.

Plänen nach und Wüstweide sollen durch eine mächtige Brücke, die die Stadt Berlin erbauen will, verbunden werden. Die Brücke ist auch zur Überführung von großen Wasser- und Gasröhren der städtischen Gas- und Wasserwerke in der Wüstweide

